

Der Griff nach den Arbeiterlöhnen

„Planrückstände“ als Vorwand für Normerhöhungen

Ein neues Attentat auf die Löhne der Arbeiter in volkseigenen Betrieben wurde dieser Tage durch Beschluß des Ministeriums für Schwerindustrie verkündet. Es geht um die sogenannten „Planrückstände“. In ihren Berichten über die Erfüllung der ersten beiden Quartalspläne hatte die SED angeblich keine Unterbilanz. Meldungen, daß der Plan unerfüllt blieb, wurden von ihr dementiert. Jetzt werden der Bevölkerung plötzlich Fehlprozentage serviert, von denen bisher niemand gesprochen hat. Bis zum 17. Oktober, dem Stichtag der SED-Wahlen, soll die Produktion eines Monats zusätzlich herausgeholt werden. Normerhöhungen, Lohndrückerei und neue Einsparungskampagnen verstecken sich hinter diesem Betrug.

Tatsächlich sind die Pläne nicht erfüllt worden. Allerdings nicht durch die Schuld der Arbeiter, sondern durch mangelnde Organisation und vor allem durch Rohstoffmangel. Jeder Arbeiter weiß, daß tageweise nicht gearbeitet werden konnte, weil kein Material herankam. Um optimistische Berichte abliefern zu können, hat man das verschwiegen. Jetzt, vier Monate vor dem Ende des Fünfjahresplanes, kommt alles zusammen. Warum aber, wo doch die gesamte Planerfüllung hinkt, plötzlich solche Eile in der Schwerindustrie?

Neuer Plan rüstungsgebunden

Der neue Fünfjahrplan, der in der Struktur vorliegt, ist auf Rüstung ausgerichtet. Um 10 bis 15 Prozent erhöht sich bereits die Anfangsproduktion der Schwer- und Rüstungsindustrie. Die Produktion der Massenbedarfsgüter wird Nebenaufgabe nicht ausgelasteter oder unter Materialmangel leidender Schwerindustrie-Betriebe. Für die Bevölkerung bedeutet das: Einschränkung des zivilen Wohnungsbaus, Steigen der Preise

für Gebrauchsartikel, neue Festsetzung der Normen, Abbau der Leistungslöhne.

Eine ganze Kette unsozialer Konsequenzen, wie sie die SED gern dem Westen nachsagen möchte. Daher auch die gegenwärtige Detailberichterstattung über die westdeutsche Lohnbewegung. Sie hat ihr Ziel allerdings nicht erreicht. In der Praxis zeigen sich bereits die ersten Auswirkungen:

Nicht einmal Aktivisten

Die „Aufholung der Planrückstände“ sollte auf „freiwilliger Basis“ erfolgen. Freiwillig fanden sich nicht einmal die Aktivisten zu der neuen Normenschinderei bereit. Jetzt übernehmen die Betriebsleitungen entsprechende Verpflichtungen.

Direktion und BGL aber haben keinen Einfluß auf die Höhe der Produktion. Was folgt, ist der Abbau des Sozialfonds, sind Neueinstufungen der Löhne, wobei es Lohnsenkungen bis zu 15 Prozent gegeben hat. In allen sowjetzonalen Großbetrieben, bei Leuna, im Elektromischen Kombinat Bitterfeld, in den Kraftwerken und im Braunkohlenbergbau ist es zu

erregten Auseinandersetzungen darüber gekommen. In manchen Betrieben, wie z. B. im Kombinat Bitterfeld, ist die SED abgeblitzt. Die Arbeiter halten den SED-Rednern ihre eigenen gefälschten Planerfüllungszahlen vor und fragen: „Bitte, wo gibt es hier Planrückstände?“

Schraube ohne Ende

Was die SED unter anderem bezweckt, ist klar: Gehen die Arbeiter auf den Schwindel mit der „Aufholung der Planrückstände“ ein, ziehen sie diesmal selbst die Normenschraube an, die dann erst recht eine Schraube ohne Ende wird, an der die Arbeiter nun auch noch selber drehen sollen.

Den Arbeitern bleibt nur die Möglichkeit, jede Normerhöhung und freiwillige Extraschicht abzulehnen. Eines ist dabei zu beachten: Der Sozialfonds der Großbetriebe wird jetzt um teilweise 30 Prozent gekürzt. Damit werden viele Betriebskollektivverträge hinfällig. Das heißt: Kürzung der Urlaubs- und Krankheitszuschüsse, Kürzung der Zuschüsse für den Bau von Kindergärten und Erholungsheimen usw., der einst im großen Rahmen versprochen worden ist.

Der Hauptgriff jedoch gilt den Löhnen. Wer die Erklärung des Kollegiums der Schwerindustrie aufmerksam liest, findet den SED-Betrug bis ins einzelne bestätigt. Sein Ziel ist es, die Masse der Arbeiter in der Sowjetzone auch die Fehler des kommenden II. Fünfjahrplans bezahlen zu lassen.

Nach der EVG

Die Frankreich ratifiziert den EVG-Vertrag nicht. Mit dem Abbruch der Ratifizierungsdebatte wurde die Ratifizierung abgelehnt und der EVG der Todesstoß versetzt. Was nun? Man wird sich erneut zusammensetzen müssen, denn ein Resignieren oder Stagnieren im Schmolliwinkel ist undenkbar, zuviel steht auf dem Spiel. Man wird sich erneut zusammensetzen, weil die Notwendigkeit einer gemeinsamen Europa-Verteidigung bleibt sowie die einer fortschreitenden politischen Europa-Vereinigung und der Klarstellung einer souveränen Position Deutschlands.

Während man bisher versuchte, diesen ganzen Fragenkomplex zusammenhängend zu lösen, werden nun durch das Scheitern der EVG die drängenden Fragen im einzelnen, also nebeneinander, gelöst werden müssen. Doch künftig werden nicht wie in Brüssel nur die — ehemaligen — sechs EVG-Staaten beraten. Vielmehr bahnt sich eine neue Konferenz dieser ehemaligen EVG-Staaten mit England und Amerika an, sowie eine Konferenz der drei Westmächte mit Deutschland über Souveränitätsangelegenheiten — und Ollenhauer fordert erneut die Viererkonferenz mit der Sowjetunion.

Politische Aktivität

Eine politische Aktivität wird also die Folge der negativen Pariser EVG-Entscheidung sein. Neue Vorschläge erwartet man zunächst von Frankreich. Das Suchen nach einer militärischen Lösung (eine Notwendigkeit, zu der sich übrigens auch der französische Ministerpräsident Mendès-France bekennt), nach einer wirksamen Europa-Verteidigung mit deutschem Beitrag wird sich auf die aktivere Einschaltung und Teilnahme der USA und vor allem Englands richten. Das Streben muß jetzt sein, eine Form der Verteidigung zu finden, die in ihrer Wirksamkeit zumindest nicht hinter der ohnehin umstrittenen EVG-Form zurücksteht.

Schnelle Lösung

Vor allem aber: die militärischen wie politischen Proble-

me Europas mit dem Deutschland-Problem im Mittelpunkt fordern eine Lösung, die entscheidener und schneller herbeigeführt werden muß als die erst jetzt nach jahrelangem Manövrieren erfolgte Entscheidung über die EVG. Denn die militärische Sicherung bleibt der dringlichste Punkt auf der Tagesordnung der europäischen Politik.

Diese Entwicklung beginnen nun auch die Kommunisten zu begreifen. Ihr etwas voreiliger Triumph wird deshalb von einer neuen Propagandaformel abgelöst: „Auch eine Remilitarisierung Westdeutschlands auf anderer Grundlage als der EVG würde den Frieden und die Sicherheit Europas genau so bedrohen wie der EVG-Vertrag. Auf Namen und Etikette kommt es nicht an.“

Nicht waffenlos

Moskau weiß ganz genau, was die sowjetische Politik tun könnte und tun müßte, um einen Zustand zu verändern, der irgendeine Verteidigungsgemeinschaft der europäischen Völker und ihrer atlantischen Freunde zu einer natürlichen Forderung

der Selbsterhaltung macht. Manches ist möglich und erträglich, — nur das eine nicht, daß dem hoch gerüsteten „Friedenslager“ die europäischen Völker politisch zerrissen und militärisch kraftlos gegenüberstehen.

Unvermeidliche Folge

Daß nun manches neu in Fluß gerät, das müssen auch noch andere begreifen. Der französische Abgeordnete Triboulet von den gaullistischen Sozialrepublikanern lehnte als Berichterstatter des Verteidigungsausschusses in einem Gutachten den Deutschlandvertrag scharf ab: er sei im Jahre 1950 noch „entschuldigbar“ gewesen, der augenblicklichen Situation trage er indessen keine Rechnung. Es wird nicht ganz klar, was der französische Abgeordnete mit dieser Gegenüberstellung meint. Wir würden ihm zustimmen, wenn er so verstanden werden möchte, daß die nun fällige Gewährleistung der deutschen Souveränität nur über den Deutschlandvertrag hinaus- und nicht hinter ihn zurückführen darf. Auch das ist eine unvermeidliche Folge des Scheiterns der EVG.

Jetzt Souveränität für Bonn

In Kürze Westmächte-Besprechungen mit Deutschland

London (AP). Die bereits angekündigten Besprechungen zwischen den USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland über die Gewährung weitgehender Souveränitätsrechte an die Bundesregierung sollen, nach Angabe britischer Regierungskreise, in Kürze beginnen. Dies ist die erste Auswirkung der EVG-Entscheidung der französischen Nationalversammlung.

Auf den Viermächtebesprechungen soll ein britisch-amerikanischer Entwurf zur Sprache kommen, nach dem die Bundesrepublik bis spätestens Ende dieses Jahres die Souveränität erhält. Falls die Übertragung vor dem 19. Oktober erfolgt, wird das britische Parlament, das sich bis zu diesem Zeitpunkt in den Sommerferien befindet, vorzeitig einberufen werden.

Bonn (Eigenmeldung). Im Namen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion erklärte ihr Geschäfts-

führer Dr. Krone, der Beschluß der Nationalversammlung könne vom europäischen Standpunkt aus nur bedauert werden. Trotz dieses Fehlschlages müsse aber Europa auf anderem Wege geschaffen werden. Die CDU/CSU befinde sich in dieser Auffassung in voller Übereinstimmung mit dem Bundeskanzler als dem verantwortlichen Vertreter der deutschen Europapolitik. Die Pariser Entscheidung sei keine Niederlage des europäischen Gedankens, der auch in der französischen Bevölkerung stark verankert sei.

Mit England und USA

Bonn (AP). Leitende Beamte der alliierten Oberkommission erklärten, die Vereinigten Staaten und Großbritannien würden sich jetzt für eine baldige Achtmächte-Konferenz einsetzen, an der die Außenminister der USA, Großbritanniens und der sechs EVG-Staaten teilnehmen würden.

Katholikentag in Fulda eröffnet

Kein Rückzug auf „Inseln des Friedens“

Fulda (DPA/AP). Im Fuldaer Dom eröffnete am Dienstagabend der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, Karl Fürst zu Löwenstein, die Arbeitstagung des 76. Deutschen Katholikentages. Mehrere tausend Teilnehmer der Arbeitsgemeinschaften und zahlreiche Ehrengäste waren zugegen. Über 20 000 hörten die Lautsprecherübertragung auf dem Domplatz.

Karl Fürst zu Löwenstein begrüßte in seiner Eröffnungsansprache die zur Bischofskonferenz in Fulda versammelten deutschen Bischöfe sowie insbesondere die Brüder und Schwestern aus der Sowjetzone. Trotz aller Sorgen im eigenen Land, so betonte der Redner, müßten sich die Katholiken auch der Verantwortung bewußt sein, die über Deutschland hinausgehe. Die Zeit für die internationale Zusammenarbeit im Weltreich der Kirche habe gerade erst begonnen.

Unter dem Thema „Der gottverbundene Mensch in der Welt“ gab anschließend Professor Dr. Michael Schmaus (München) eine Einführung in die Aufgaben der vierzehn geschlossenen und zwei offenen Arbeitsgemeinschaften. Es gehe nicht an, daß sich der Christ in der heutigen Zeit auf die „Inseln des heiligen Friedens“ zurückziehe. Auch der Staat sei eine von Gott gegebene Aufgabe, und die Christen seien in besonderer Weise verpflichtet, ihn zu formen.

Zu dem Verhältnis der beiden großen christlichen Konfessionen sagte Schmaus, trotz vieler aufrichtiger Bemühungen liege eine Vereinigung zwischen Katholizismus und Protestantismus nach menschlichem Ermessen noch in weiter Ferne. Dennoch dürften beide Seiten nicht aufhören, den Weg zueinander zu suchen. Die in der letzten Zeit mitunter geübte Praxis, staatliche Beamtenposten oder politische Schlüsselstellungen nach

konfessioneller Arithmetik zu besetzen, brauche nicht Zeichen eines echten Glaubens zu sein, sondern könne ebensogut einem menschlich selbstherrlichen Machtwillen entspringen. Der katholische Glaube verlange von seinen Anhängern keineswegs, in politischen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen unbedingt immer die gleiche Meinung zu vertreten.

Die Eröffnungsfeier im Dom schloß mit dem Segen, den der Bischof von Fulda, Dr. Dietz, den Teilnehmern des Katholikentages spendete.

Stündlich trafen aus allen Richtungen immer mehr Menschen im festlich geschmückten Fulda ein. Bis zum Dienstag waren es vorwiegend Besucher aus der Sowjetzone, die diesmal in außerordentlich großer Zahl gekommen sind.

250 000 zum Schlußtag erwartet

Zum Höhepunkt und Schlußtag, dem 5. September, werden 250 000 Katholiken aus ganz Deutschland erwartet. Aus der Sowjetzone haben sich etwa zwanzigtausend Katholiken zur Teilnahme gemeldet. Von Heimatvertriebenen, die jetzt in der Sowjetzone leben, liegen zahlreiche Anmeldungen vor. Unter den Teilnehmern aus der Zone werden rund 8000 Jugendliche sein. Etwa 1000 von ihnen kommen mit dem Fahrrad aus der Sowjetzone nach Fulda. Für sie wurde an der Zonengrenze

eine Fahrrad-Reparaturwerkstätte eingerichtet.

SED stahl Teilnehmerkarten

Fulda (KNA). Wie aus der Sowjetzone bekannt wird, sind eine Reihe von persönlichen Einladungen und Teilnehmerkarten für die Arbeitstagungen des 76. Deutschen Katholikentages, die durch die Post geschickt wurden, bei den Adressaten nicht angekommen. Zum Teil wurden sie den Umschlägen entnommen.

„Ihr sollt mir Zeugen sein!“

Der Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages, Reinhold von Thadden-Trieglaff, sagt in seinem herzlichen Grußwort zum Deutschen Katholikentag in Fulda: „Daß die Lage für unseren Kontinent und seine christliche Prägung bedrohlich geworden ist — keineswegs nur politisch, sondern auch substantiell —, daran zweifelt kein Mensch, am wenigsten die katholische Kirche... Wenn nun der 76. Deutsche Katholikentag unter der Überschrift steht: „Ihr sollt mir Zeugen sein!“, dann ist das gewiß mehr als eine Parole. Das ist ein Befehl und zugleich die königliche Verheißung des Auferstandenen, daß Er allen denen Seine Zeug-

niskraft schenken wird, die täglich auf seine Wiederkunft warten und bereit sind. Seine Zeugen zu sein, bis daß er kommt.“ Dieses Zeugnis aber wird heutzutage, wie wir erlebt haben und täglich erleben, weit mehr vom Kirchenvolk als von den Amtsträgern der Kirche gefordert. Diese Tatsache erhöht die Bedeutung der Katholikentage.

Denn Katholikentage sind Laientage! Der Klerus spielt auf ihnen außerhalb der Gottesdienste nur die Rolle eines geehrten Gastes. Es gibt Männer in der Kirche, die gerade von dem Aufkommen solcher Laien-Kirchentage (auf evangelischer und katholischer Seite) eine Stärkung nicht nur der inner-

kirchlichen Aktivität und Einheit, sondern vor allem auch eine Annäherung der christlichen Kirchen erhoffen.

Vor allem aber besteht Hoffnung, daß der säkularisierte öffentliche Raum in Gesellschaft und Staat durch die aus christlicher Gewissens-Verantwortung erfolgende Laienarbeit wieder zu einem echt „profanen“ Raum wird. Profanum heißt ja „Vorhalle zum Heiligum!“ Damit ist der unüberbrückbare Gegensatz aufgezeigt zum Anliegen des dialektischen Materialismus, der die ganze Welt entgöttlicht und sich selber an die Stelle Gottes setzt. Diesem teuflischen Versuch gegenüber bleibt dem Christen nur noch der Auftrag der Zeugenschaft für Christus.

FDJ-Verbot verkündet

Bonn (DPA). Das vom Bundesverwaltungsgericht in Karlsruhe am 16. Juli bestätigte Verbot der kommunistischen FDJ in der Bundesrepublik ist jetzt im Bundesanzeiger verkündet worden. Die Bundesregierung hatte ihr schon 1951 ausgesprochenes Verbot vom Bundesverwaltungsgericht als rechtmäßigen Verwaltungsakt bestätigen lassen, damit künftig nicht nur die Rädelsführer der Organisation, sondern auch die einfachen Mitglieder und „Mitläufer“ zur Verantwortung gezogen werden können.

Bald Sondererlaubnis für Lufthansa

Bonn (Eigenmeldung). In den nächsten Tagen wird die alliierte Sondergenehmigung für die Deutsche Lufthansa erwartet, mit den ersten vier Maschinen den Betrieb aufzunehmen.

Sofort nach Erteilung der Genehmigung will die Lufthansa beginnen, ihr Netz auszubauen. Es ist beabsichtigt, mit den ersten Flugzeugen einen Linienverkehr nach Paris, London und Rom zu eröffnen. Dabei handelt es sich um zweimotorige Maschinen vom amerikanischen Typ „Convair“. Erst nach der Lieferung viermotoriger Maschinen sollen auch Überseerouten nach Amerika und Afrika befliegen werden.

Heuss fuhr doch nach Kirchberg

Passau (AP). Bundespräsident Heuss, der sich zur Zeit in Passau aufhält, besuchte von dort aus das Dorf Kirchberg im Bayerischen Wald. Diesen Besuch verdankt der kleine Ort einem Brief, den der Kirchberger Gastwirt Adam Schober an den Bundespräsidentengesandten hatte. Darin wurde mitgeteilt, daß man Heuss einladen wollte, seinen Urlaub in Kirchberg zu verbringen. Der Gemeinderat hatte das beschlossen. Der Bürgermeister versagte jedoch der Einladung seine Unterschrift, da er befürchtete, der Gemeinde erwüchsen durch den Besuch zu hohe Auslagen.

Die Antwort des Bundespräsidenten war: „Diesen Mann muß ich kennenlernen.“ Heuss

Vier KPD-Funktionäre verhaftet

Wegen Vorbereitung zum Hochverrat

Karlsruhe (DPA). Die KPD-Spitzenfunktionäre Angenfort, Rische, Seiffert und Zemke sind im Bundesgebiet verhaftet worden. Wie der Oberbundesanwalt in Karlsruhe dazu mitteilte, wurde der Haftbefehl erlassen, weil, wie die Fälle Dickel, Neumann und Bechtle bewiesen hätten, Fluchtgefahr bestehe. Die jetzt festgenommenen Funktionäre waren schon einmal in Haft, wurden aber auf freien Fuß gesetzt. Gegen sie schwe-

ben Verfahren wegen Vorbereitung zum Hochverrat.

Im gleichen Zusammenhang ist, wie der Oberbundesanwalt jetzt offiziell bekanntgab, gegen den früheren kommunistischen Landtagsabgeordneten Ledwohn und den KPD-Vorsitzenden Max Reimann Haftbefehl erlassen worden. Während der Haftbefehl gegen Ledwohn vollstreckt werden konnte, sei Reimann „in die Sowjetzone“ geflohen.

Die im Karlsruher Hochverratsprozeß als Rädelsführer einer verfassungsfeindlichen Vereinigung (Ausschuß für Volksbefragung) verurteilten KPD-Funktionäre Dickel, Neumann und Bechtle hatten sich dem Strafvollzug durch Flucht in die Sowjetzone entzogen. Dagegen haben die in einem vorausgegangenen Verfahren verurteilten Horst Reichel und Herbert Beyer ihre Strafe angetreten.

Nach Ansicht des Oberbundes-anwalts ist diesen beiden die Aufgabe zugefallen, die verhängten Strafen als „Sitzfunktionäre“ auf sich zu nehmen, um den Versicherungen anderer Angeklagter den Anschein größerer Vertrauenswürdigkeit zu geben.

wurde nun herzlich empfangen. Er ließ sich bei einem Imbiß, den er selbst bezahlte, die Unterschrift des Bürgermeisters Josef Binder nachträglich auf das Einladungsschreiben setzen.

Leichte Beute

Berlin (Eigenmeldung). Die Sowjetunion hat nunmehr endgültig die Rücklieferung zweier volkseigener Fischkutter abgelehnt, die „innerhalb sowjetischer Hoheitsgewässer“, etwa vier Seemeilen auf der Höhe von Libau, vor einigen Monaten aufgebracht worden waren.

Bequemer in der dritten Klasse

Bundesbahn will Reisenden mehr Komfort bieten

Säckingen (DPA). Die Hauptverwaltung der Deutschen Bundesbahn teilte nach einer zweitägigen Sitzung des ständigen Fahrplanausschusses in Säckingen mit, die Bundesbahn sehe in der Verbesserung des Dritte-Klasse-Verkehrs eine ihrer Hauptaufgaben. 90 Prozent der Reisenden benutzten die dritte Klasse und brächten damit die Haupteinnahmen des Personenverkehrs. Innen soll mehr Komfort geboten werden.

Die neuen 26,4 Meter langen Schnellzugwagen, von denen zwei in Säckingen gezeigt wurden, haben auch in den Abteilen dritter Klasse nur noch sechs Plätze mit Arm- und Kopflehnen für jeden Reisen-

den. Gepolstert sind alle neueren Wagen der dritten Klasse ohnehin.

Atomforschungszentrum

Göttingen (DPA). Das Kernstück des neu zu errichtenden europäischen Laboratoriums für kernphysikalische Grundlagenforschung in Genf wird ein großes „Proton-Synchrotron“ sein. Wie der Direktor des Max-Planck-Instituts für Physik in Göttingen, Nobelpreisträger Prof. Heisenberg, in den Mitteilungen der „Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften“ mitteilt, haben die Vorarbeiten in Genf bereits begonnen. Die neue Anlage, mit deren Fertigstellung man im Jahre 1960 rechnen werde „an vorderster Front der experimentellen Atomforschung“ stehen,

Präsidium des Weltkirchenrats

Bischof Dibelius gewählt — Zum erstenmal ein Deutscher

Evanston (epd/DPA). Die Wahl der sechs neuen Präsidenten und des Ehrenpräsidenten des Weltkirchenrats wurde in Evanston einstimmig vollzogen. Zu dem neuen Präsidium gehört zum ersten Male ein Deutscher, nämlich Bischof D. Dr. Otto Dibelius. Die weiteren Präsidenten sind Bischof Sherrill (New York), der schottische reformierte Theologe Professor Baillie, der orthodoxe Erzbischof Michael, der südamerikanische Methodistenbischof Barbieri und der südindische Metropolit Juhanon. Ehrenpräsident wurde der Lordbischof von Chichester, Dr. Bell.

Das neue Präsidium amtiert bis zur nächsten Vollversammlung in fünf Jahren.

„Meine Nominierung zu einem der Präsidenten des ökumenischen Rates zeigt, daß die Weltchristenheit Berlin und die Länder hinter dem Eisernen Vorhang nicht vergißt.“ Dies erklärte Bischof D. Dr. Otto

Dibelius in einer Unterredung mit dem Chefredakteur des Evangelischen Pressedienstes in Evanston.

Innerhalb des Präsidiums habe er die große Gruppe der Kirchen des europäischen Kontinents zu vertreten. Sein neues Amt werde es mit sich bringen, daß er jetzt häufiger als bisher Besuche im Ausland zu machen habe, aber er hoffe, diese vermehrten Anforderungen mit seinen heimatlichen Verpflichtungen in Einklang zu bringen.

Eisenhower gegen Isolationismus

Fünf „wesentliche Wahrheiten“ — Kein Präventivkrieg

Washington (DPA/AP). Präsident Eisenhower sprach sich auf dem Kongreß des amerikanischen Kriegsteilnehmerverbandes „American Legion“ mit Nachdruck gegen eine Isolationspolitik der USA und gegen einen Präventivkrieg aus. Eine Isolationspolitik, so sagte Eisenhower, würde den größten Teil der freien Welt der kommunisti-

In einer Reihe von Erklärungen nahm der ökumenische Rat zu Fragen der internationalen Politik Stellung. Alle Nationen sollten die Drohung von Atomwaffen und ihren Gebrauch ächten, heißt es in einer Resolution. Der ökumenische Rat bekenne sich zu einer Weltgemeinschaft der Völker, die auf gegenseitige Achtung der Menschenrechte, Freiheit und Selbstbestimmung aufgebaut sein müsse. Indem der Rat auf neue den Totalitarismus verwarf, empfahl er den Ausbau der Vereinten Nationen zu einem aktionsfähigeren Instrument zur Regelung politischer Konflikte.

schen Herrschaft ausliefern und „uns schließlich unserer eigenen Sicherheit berauben“.

Eisenhower nannte dann fünf für eine Analyse der internationalen Situation „wesentliche Wahrheiten“. Hierzu zählte der Präsident die geschickte kommunistische Propaganda und Untergrundtätigkeit, die Entschlossenheit der Kommunisten, ihre Herrschaft in der ganzen Welt zu errichten, die Abhängigkeit der Sicherheit aller freien Nationen von der Freiheit aller freien Nationen, die Notwendigkeit der Stärke der freien Welt zur erfolgreichen Abwehr des kommunistischen Drucks und die wichtige Rolle der USA bei den gemeinsamen Bemühungen zur Erhaltung des Friedens.

Der Präsident kündigte an, daß er dem Kongreß in der nächsten Sitzungsperiode die Aufstellung einer amerikanischen Militärreserve vorschlagen wird. Er sagte in diesem Zusammenhang, die US-Streitkräfte seien die mächtigsten, die Amerika in Friedenszeiten zu unterhalten habe.

Der amerikanische Generalstabschef, Admiral Radford, erklärte auf der gleichen Veranstaltung, die Sowjetunion und ihre Satelliten seien zu einem Angriff auf die freie Welt fest entschlossen. Die USA hielten weiterhin die „massive Vergeltung“ für die beste Haltung gegenüber der kommunistischen Bedrohung.

Iwan durch Schönheit entwaffnen

Wien (AP). Die italienische Filmschauspielerin Lucia Bose hat mit ihrem Charme einen russischen Wachtposten entwaffnet und ist unwissentlich in das streng gehütete Wiener Hauptquartier der sowjetischen Geheimpolizei vorgedrungen.

Der schwarzhaarige Star kam aus Rom auf dem Wiener Südbahnhof an und ließ sich in Unkenntnis der gegenwärtigen Verhältnisse in der österreichischen Hauptstadt zum „Grand Hotel“ auf der Ringstraße fahren. Dies Hotel, vor dem Kriege ein Sammelpunkt der großen Welt, wurde 1945 von den Sowjets als Hauptquartier des Geheimdienstes eingerichtet.

Von dem ungewöhnlichen Anblick der italienischen Filmschönheit überrascht, ließ der sowjetische Posten Lucia Bose passieren, die sich in der Halle des „Grand Hotel“ vergebens nach einem Empfangschef umschah. Schließlich erschien ein

Zivillist, den sie in italienischer Sprache nach einem Zimmer fragte. „Ich bedauere“, antwortete der Mann, ebenfalls italienisch, „aber wir sind völlig besetzt.“ Dann riet er Lucia höflich, ihr Glück im benachbarten „Bristol-Hotel“ zu versuchen.

Wieder mal Pestflöhe

Berlin (DPA). Ein „Dokument, das Pläne für die Vorbereitung eines amerikanischen Krieges auf deutschem Boden enthüllt“, ist, nach einer Meldung des sowjetisch kontrollierten Rundfunks, durch „Organe der Staatssicherheit“ bei einer Haussuchung in der Wohnung eines verhafteten „Gehlen-Agenten“ sichergestellt worden. Nach diesem „Dokument“ solle u. a. die Zivilbevölkerung mal wieder durch „amerikanische Pestfliegen“ verseucht werden. Die Kartoffelkäfer wurden diesmal nicht erwähnt. Vielleicht im nächsten „Dokument“?

Vom Kommunismus geheilt

Hamburger KPD-Vorsitzender war drei Jahre in SSD-Haft

Hamburg (DPA). „Die Stiefel des sowjetischen MWD und der SED haben mich auf den Weg der Demokratie zurückgetrampelt.“ Dies erklärte der 45jährige ehemalige Hamburger KPD-Vorsitzende und Bürgerschaftsabgeordnete Wilhelm Prinz. Er war im April aus Einzelhaft im SSD-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen entlassen worden. Danach ist er nach Westdeutschland geflüchtet.

Prinz war Anfang Februar 1951 durch SED-Kurier zu einer KPD-Vorstandssitzung auf ein Staatsgut in Löwenberg (Brandenburg) eingeladen und aus der Sitzung heraus vom SSD verhaftet worden.

Wie Prinz angibt, hatte der KPD-Vorsitzende Max Reimann in der gleichen Sitzung die Gründe für die Festnahme geliefert. Er warf Prinz unter anderem vor, am Niedergang der KPD mitschuldig zu sein. Dreieinviertel Jahre verbrachte Prinz dann in der Einzelhaft in Niederschönhausen.

Die Vernehmungen durch MWD und SSD übertrafen, nach den Angaben von Prinz, alles, was er unter den Nationalsozialisten im KZ Sachsenhausen erlebt hatte. In endlosen Nachtverhören sollte er Verschwörer-tätigkeit für die Westmächte und Arbeit für den britischen Geheimdienst während seiner Kriegsgefangenschaft zugeben. Die gleichen Anschuldigungen seien gegen den ebenfalls in der Sowjetzone verhafteten ehemaligen KPD-Bundestagsabgeordneten Kurt Müller und andere Funktionäre erhoben worden. Eнерgisch bestreitet Prinz, daß er vor dem Zentralen Parteigericht der SED wegen Veruntreuung von Parteigeldern angeklagt war.

Seine Flucht nach dem Westen begründete Prinz mit den Worten: „Ich will nicht mehr mit meinen Kerkermeistern in einer Partei sein. Ich kann nur denjenigen Sozialismus üben, der mich am Leben läßt.“

Die Überläufer John und Schmidt-Wittmack bezeichnete Prinz als „Kasperle des Bolschewismus“, die ausgenutzt würden, um dann wie ungezählte andere auf dem „Riesenschrotthaufen der SED“ zu enden.

Jetzt ist er Trotzkist

Berlin (Eigenmeldung). Das SED-Zentralorgan „Neues

Deutschland“ bezeichnete den früheren Hamburger KPD-Vorsitzenden Wilhelm Prinz, nachdem seine Aussagen veröffentlicht worden waren, sofort als „Trotzkisten und Verräter“. Seine Erklärung, er sei von Max Reimann denunziert worden, sei „Verleumdung“.

Aufklärer finden nur taube Ohren

Niemand an „Volkswahlen“ interessiert

Aus den Vorbereitungen für die sowjetzonalen „Volkswahlen“ am 17. Oktober ist deutlich zu erkennen, daß die Betrugsmänöver, die man bei der letzten Volksbefragung und allen vorausgegangenen sogenannten „Wahlen“ praktizierte, diesmal in verstärktem Maße angewendet werden.

Zu diesem Zweck wurden die Betriebsorganisationen der SED aufgefordert, zuverlässige Mitglieder zu benennen, die in Kurzlehrgängen zu Wahlagitatoren ausgebildet werden sollen.

Daß die Menschen in der Zone bis auf wenige unheilbare Fanatiker die wahren Absichten der SED-Machthaber längst durchschaut haben, ist natürlich auch den Spitzen der „DDR“ bekannt. In dem Wahlgesetz für die „Oktoberwahl 1950“ vom 9. August 1950 waren die 400 Sitze der Volkskammer noch prozentual auf die im Block zusammengeschlossenen Parteien und Organisationen aufgeteilt.

Nach der jetzigen „Wahl“ werden solche Fraktionen nicht mehr bestehen, sondern sämtliche Abgeordneten sind „Abgeordnete der Nationalen Front“. Dies geht schon daraus hervor, daß bei den kommenden Wahlen neben den Abgeordneten Kandidaten gewählt werden. Das bedeutet, daß bei Ausscheiden eines Abgeordneten nicht mehr die entsprechende

Ohne Maske

Bonn (AP). Die Rückkehr des ehemaligen Hamburger KPD-Vorsitzenden Wilhelm Prinz bilde ein neues Glied in der langen Kette der ungezählten ehemaligen Kommunisten, die in jahrelangem Leiden den Kommunismus „ohne Maske, in seiner ganzen Hinterhältigkeit und Brutalität“ kennengelernt hätten, schreibt der Deutschland-Union-Dienst der CDU/CSU. Der SPD-Pressedienst meint, im „kleinen Grenzverkehr der politischen Prominenz“ sei nun zur Abwechslung ein hoher KP-Funktionär in die Bundesrepublik hinübergewechselt.

Partei den Nachfolger bestellt, sondern der nächste Kandidat der „Nationalen Front“ nachrückte.

Die Bevölkerung ist selbstverständlich mit einem solchen Wahlmodus nicht zufrieden.

In manchen öffentlichen Versammlungen „der Nationalen Front“ wurden die Redner ausgepöfien, als sie behaupteten, daß die Einheitslisten „ein Beweis für die wahre Demokratie der DDR“ seien.

Der Wunsch der Bevölkerung nach wirklich freien Wahlen mit getrennten Listen kommt in Flugblättern zum Ausdruck, die z. B. am frühen Morgen auf dem Leipziger Hauptbahnhof gefunden wurden.

Die täglich beim Büro des Präsidiums der „Nationalen Front“ über die Durchführung der Rechenschaftslegung der Abgeordneten eingehenden Berichte zeigen, daß die Bevölkerung überhaupt kein Interesse zeigt.

Viele solcher Versammlungen waren kaum besucht, andere mußten ausfallen, weil außer dem Redner und dem Vorsitzenden des Ortsausschusses der „Nationalen Front“ niemand kam. Dieses Desinteresse hat sogar die Funktionäre befallen. Manche Kreisausschußsitzung der „Nationalen Front“, die sich mit Wahlvorbereitungen befassen sollte, konnte nicht durchgeführt werden, weil der Ausschuß beschlußunfähig war.

„Wesentliche Verbesserungen“ — aber wo?

Was ADN berichtet und wie es in Wirklichkeit aussieht

Auf 112,5 Prozent des Vorjahres sei die Industrieproduktion der Sowjetzone im zweiten Vierteljahr 1954 angestiegen, verbreitet triumphierend ADN, die Sowjetzonale Nachrichtenagentur. Das zeige „wesentliche soziale und kulturelle Verbesserungen“, wird betont. Was aber ist die Wahrheit?

Für das erste Vierteljahr war bei einem Produktionsstand von 111 Prozent angegeben worden, daß dies nur 97 Prozent des geplanten Produktionssolls gewesen seien. Also war immer noch nicht der Plan erreicht. Dabei ist zu berücksichtigen, daß man infolge der nur allzu bekannten „besonderen Störungen“ beim Übergang vom Planjahr 1953 auf 1954 das Soll für die ersten Vierteljahre besonders unterdurchschnittlich angesetzt hatte. Schon 1953 aber erreichte die sowjetzonale Industrieproduktion im ersten Quartal nur 96,7 Prozent des schon niedrigen Planansatzes.

Vor einem Jahr hat man zugegeben, daß besonders die Produktion von Verbrauchsgütern völlig unzureichend war und weit hinter dem Bedarf zurückblieb. Die schon niedrigen Planansätze wurden Anfang 1954 trotz der versprochenen „entscheidenden Umstellung auf den Bedarf der Bevölkerung“ keineswegs erreicht. Zurück blieb die Erzeugung von Wolle, Geweben, Trikotagen, Möbeln, Fischkonserven, Walzstahl für Massenbedarfsgüter, Emaille- und Aluminiumgeschirr, Metall-erzeugnissen, Kühlschränken, Fahrrädern, Motorrädern, Landmaschinen, Traktoren, Nähmaschinen, Soda, Ätznatron, Erikketts. Man braucht sich ja nur in Ostberlin einmal in den teuren HO-Geschäften die Preise, die Qualitäten, die Formen und Dessins anzusehen und zu prüfen, was außerdem am Warenlager tatsächlich da ist, um festzustellen, was alles fehlt. Dabei sind die Ostberliner HO-Läden noch das Aushängeschild. In ihnen wird viel mehr angeboten als etwa in Leipzig oder Schwerin, Erfurt oder Görlitz.

Darum verbreitet sich die ADN-Meldung auch ausdrücklich über das Recht der Werktätigen der Zone auf Arbeit, Bildung und Erholung. Man höre und staune: ADN berichtet, 1247 Arbeiter und Angestellte des volkseigenen Elbtal-

werks Heidenau hätten 1953/54 Aufführungen des Staatstheaters Dresden besucht! In einer Vorstadt von Dresden ist das wohl kein Kunststück! 650 000 Werktätige — so wird weiter berichtet — hätten sich auch in diesem Jahre in den schönsten Gegenden der DDR — nicht etwa Deutschlands — erholt!

In Westdeutschland aber herrsche Krise, Erwerbslosigkeit und Ausbeutung, schreibt ADN. Dazu ist sehr nüchtern festzustellen:

Das Einkommen der westdeutschen Arbeitnehmer stieg

von 39,5 Milliarden DM im Jahre 1949 auf 65,4 Milliarden im Jahre 1953.

Der Bruttolohn des einzelnen beschäftigten Arbeitnehmers stieg in diesen fünf Jahren von 232 DM auf 316 DM im monatlichen Durchschnitt.

Die Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Bundesgebiet kletterte von 13,9 Millionen 1950 auf 16,5 Millionen im Juni 1954. Gleichzeitig ging die Zahl der Arbeitslosen von 1,5 Millionen auf 934 000 im August 1954 zurück.

Deutlicher kann man wohl kaum zeigen, wo es wirtschaftlich und sozial aufwärtsgegangen ist, und zwar wirklich aufwärts, im Osten oder im Westen.

Spendenaktion kann beginnen

Besprechungen mit dem Roten Kreuz abgeschlossen

Berlin (DPA). Die vorbereitenden Besprechungen zwischen Vertretern der internationalen Rot-Kreuz-Liga und des Roten Kreuzes in der Sowjetzone über die amerikanische Spenden-Aktion für die Hochwassergeschädigten der Sowjetzone sind jetzt abgeschlossen worden. Wie von amerikanischer Seite mitgeteilt wurde, sollen die Lebensmittel auf amerikanischen Schiffen nach Rostock und von dort aus in die betroffenen Gebiete transportiert werden.

Sie sollen verschifft werden, sobald von den zuständigen Stellen der Sowjetzone mitgeteilt wird, daß die technischen Vorbereitungen abgeschlossen sind.

Ein großer Sündenbock

Berlin (DPA). Der Staatssekretär im Ministerium für Handel und Versorgung der Sowjetzone, Friedrich Schneiderheine (SED), ist, nach Informationen des Untersuchungsausschusses freierheitlicher Juristen, aberufen worden. Er wurde für die in den letzten Monaten aufgetretenen Versorgungsschwierigkeiten verantwortlich gemacht. Schneiderheine war 1952 Nachfolger des inzwischen zu sechs Jahren

Zuchthaus verurteilten Staatssekretärs Baender geworden.

... und acht kleine

Berlin (Eigenmeldung). Wie aus dem sowjetzonalen „Ministerium für Landwirtschaft und Forsten“ bekannt wird, sind vom 1. bis 9. August in den Bezirken Neu-Brandenburg, Schwerin und Potsdam insgesamt acht Vorstandsmitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften vom SSD wegen „Sabotage an der Volksernährung“ verhaftet worden.

Gepäck: Vopo-Uniform

Malmö (AP.). Als blinder Passagier ist ein 24jähriger Volkspolizist aus der Sowjetzone zusammen mit seinem Bruder an Bord des schwedischen Fährschiffes „Gustav V.“ nach Schweden geflohen. Die beiden krochen erst aus ihrem Versteck unter der Plane eines Güterwagens hervor, als die Fähre in Trelleborg, dem Endpunkt der kontinentalen Eisenbahnfähre, anlegte. Mit seiner Uniform über dem Arm, der Dienstpistole und einer großen Geldsumme in ostzonaler Währung in der Tasche betrat der geflohene Volkspolizist dann schwedischen Boden.

Industrie-Ausstellung größer als je

Wieder „Schaufenster der Welt“ — Starkes Auslands-Interesse

Vom 25. September bis 10. Oktober findet auf dem Funkturm-Ausstellungsgelände die Deutsche Industrie-Ausstellung 1954 statt. Schon jetzt ist der Platz belegt und überlept. Der Direktor der Ausstellung, Wiemer, konnte sogar mitteilen, daß der verfügbare Raum zum Teil reduziert werden mußte und daß auch verschiedene Firmen zurückgewiesen werden mußten, was sicherlich dem Gehalt der Ausstellung nur förderlich sein kann.

Der Bundeswirtschaftsminister hat sich, wie bisher, immer besonders stark eingesetzt, auch die Industrieverbände haben größeres Interesse als sonst gezeigt.

Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postfach Nr. 55 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.

Die Ausstellung der Rundfunk-, Fernseh- und Phono-Industrie mit ihren neuesten Erzeugnissen wird um so größere Attraktion ausüben können, als es die einzige ihrer Art in diesem Jahr ist. Von der gesamten überdachten Fläche von 43 500 qm wird allein die Rundfunk- und Elektroindustrie 11 000 qm einnehmen. Die Kautschukindustrie, die Porzellanindustrie und photographische Industrie neben der Optik werden repräsentativer als sonst zur Geltung kommen. Besonders begrüßt wird, daß die chemische Industrie erstmalig sich in umfassender Weise beteiligt und über ihre neuesten Produktionen einen Überblick gibt. Auch wird zum erstenmal die Aluminium-Industrie in Erscheinung treten. Die Stahl- und Eisenindustrie, die sich

schon bisher bei den Berliner Ausstellungen besondere Mühe gab, wird nicht fehlen. Natürlich auch nicht die Maschinenindustrie, die Gas- und Wasserversorgung, die Industrie der NE-Metalle, die Holz- und Möbelindustrie u. a.

Wieviel Ausländer kommen werden, das ist noch nicht zu übersehen, aber die Pavillons

von Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Kanada, der Niederlande, Österreichs, der Schweiz und der USA sind voll belegt.

Die intensive Arbeit der vergangenen Jahre hat sich gelohnt. Die Deutsche Industrie-Ausstellung in Berlin ist in zunehmendem Maße nicht nur in Deutschland, sondern auch im Ausland anerkannt worden und hat sich als starker Magnet durchgesetzt. Ihr Hauptzweck ist es jedoch, wie in allen vorhergehenden Jahren, für die Besucher aus der Sowjetzone das „Schaufenster der freien Welt“ zu sein.

Festwochen-Attraktionen

Im Rahmen der Berliner Festwochen wird auch die Wiener Junge Bühne „Kaleidoskop“ gastieren. Dieses erst im vorigen Jahr gegründete avantgardistische Ensemble ist über Österreichs Grenzen hinaus schnell bekannt geworden.

Aus Mailand hat sich das Teatro delle Novità di Prosa angemeldet, das bei den Juni-Festwochen in Zürich einen großen Erfolg hatte. Es wird im Hebbel-Theater mit „La Venexiana“, einer Commedia dell'Arte aus dem 15. Jahrhundert, gastieren.

In ihrem Bestreben, der Pantomime in Berlin stärkere Resonanz zu verschaffen, veranstaltet die „Tribüne“ während der Festwochen einen Pantomimen-Zyklus, der interessante Vergleiche gestatten wird. Aus Stuttgart kommt das pantomimische Theater „Die Gaukler“, aus Düsseldorf das Pantomimen-Ensemble Jean Soubeyran. Ein eigener Pantomimen-Abend der „Tribüne“ bringt Ur- und Erst-

aufführungen von Strawinsky, Prokofeff und Klaus Jungk.

Oscar Karlweis ist Träger der Hauptrolle in „Das kleine Teehaus“ (The Teahouse of the August Moon), einem Spiel in drei Akten, das John Patrick nach dem gleichnamigen Roman von Vern Sneider schrieb. „Das kleine Teehaus“ wird während der Berliner Festwochen im Renaissance-Theater aufgeführt.

SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Filme im Amerika-Haus

Ständige kostenlose Filmvorführungen mit den neuesten Wochenschauen werden für Besucher aus dem Ostsektor Berlins und der Ostzone im Amerika-Haus am Nollendorfpark gezeigt.

Täglich ab 13 Uhr in stünd-

licher Folge. Letzte Vorführung um 17 Uhr. Sonnabends Beginn um 14 Uhr; sonntags Beginn um 15 Uhr.

Jugendfilmstunde für Kinder aus dem Ostsektor und der Ostzone jeden Sonntag um 14 Uhr.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31.
Druck: W. Büxenstein, GmbH.